BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
22. Wahlperiode

Drucksache 22/3213
09.03.21

Große Anfrage

der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Sandro Kappe, Dennis Gladiator, Eckard Graage, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion vom 10.02.21

und Antwort des Senats

Betr.: Rechtswidrige Beförderungen in Hamburger Behörden?

Gemäß Artikel 33 Absatz 2 des Grundgesetzes hat „jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte." Danach müssen sich alle personellen Entscheidungen im Sinne der Bestenauslese am Leistungsprinzip orientieren. Dies stellt für den einzelnen Beamten einen durchsetzbaren Anspruch dar, der im Rahmen von Konkurrentenklagen vor den Verwaltungsgerichten geltend gemacht werden kann.

Die meisten dieser Verfahren interessieren die Öffentlichkeit nicht; nun kam es aber durch ein Verfahren des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz im August 2020 (Beschluss vom 27. August 2020, Aktenzeichen 2 B 10849/20) zu heftigen politischen Auseinandersetzungen, die breite mediale Aufmerksamkeit erweckten. Das OVG Rheinland-Pfalz spricht in seiner Entscheidung von einem „von Willkür geprägten System", das an „multiplen Mängeln leidet", „das Leistungsprinzip konterkariert" und nicht einmal „im Ansatz rechtsstaatlichen Anforderungen genügt." Das Gericht sprach von „Beförderung nach Gutsherrenart" und „Günstlingswirtschaft". So ist es nach dem OVG-Urteil rechtswidrig, Beförderungsstellen nicht auszuschreiben. Ebenso ist es rechtswidrig, bei Beförderungen für die Bewerber keine Beurteilungen zu erstellen. Die Antwort des Ministeriums des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz (Drs. 17/13881) auf eine Große Anfrage der Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz (Drs. 17/13278) brachte zutage, dass diese rechtswidrige Praxis kein Einzelfall war.

Es stellt sich die Frage, wie sich die Situation in der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg darstellt. Dies ist umso wichtiger, da SPD und GRÜNE mit ihrer Zweidrittelmehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft die Deputationen, die eine Kontrollfunktion im Hinblick auf Personalentscheidungen ab A 13/EG 13 innehatten, im vergangenen Herbst ersatzlos abschafften.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Personalauswahlentscheidungen in der öffentlichen Verwaltung müssen für Beamtinnen und Beamte sowie für Tarifbeschäftigte gemäß Artikel 33 Absatz 2 Grundgesetz nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung erfolgen. Vor diesem Hintergrund unterliegen alle Personalauswahlentscheidungen der öffentlichen Verwaltung sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich einer umfassenden gerichtlichen Überprüfbarkeit durch die Arbeits- beziehungsweise Verwaltungsgerichte. Im Laufe der Jahre hat sich hierzu eine umfangreiche Rechtsprechung entwickelt, die von den Dienststellen

bei Auswahlverfahren zu beachten ist. Um eine rechtskonforme und möglichst einheitliche Handhabung sicherzustellen, hat das Personalamt eine Reihe von Durchführungshinweisen und konkretisierenden Bestimmungen erlassen, die die Auswahlpraxis in der Hamburger Verwaltung verbindlich gestalten.

Hierbei gilt der Grundsatz, dass freie oder absehbar frei werdende Stellen im Beamten- und im Tarifbereich grundsätzlich ausgeschrieben werden. Von dieser Verpflichtung allgemein ausgenommen sind lediglich freie Stellen, die verwaltungsintern wertgleich besetzt werden (zum Beispiel durch Versetzung oder Abordnung). Sofern darüber hinaus im Einzelfall von einer Ausschreibung abgesehen werden soll, gibt es hierfür verbindliche Verfahrensvorschriften und Zuständigkeitsregeln. Über Ausschreibungsverzichte entscheidet danach für Beamtenstellen ab der Besoldungsgruppe A 16 beziehungsweise für Stellen mit entsprechenden sondervertraglichen Entgeltregelungen der Senat, in den übrigen Fällen die Staatsrätin beziehungsweise der Staatsrat des Personalamtes mit der Möglichkeit der Delegation auf das Personalamt bis zur Wertigkeit Besoldungsgruppe A 13 beziehungsweise Entgeltgruppe E 13 TV-L beziehungsweise für Ausschreibungsverzichte im Zusammenhang mit Entfristungen. Ausschreibungsverzichte werden in der Regel in zwei Fallkonstellationen zugelassen:

Bei guten Bewerbungen in ausgewiesenen Mangelberufen kann vom Personalamt ein Ausschreibungsverzicht empfohlen werden, wenn absehbar ist, dass durch ein Ausschreibungsverfahren keine geeignetere Kraft gewonnen werden kann (zum Beispiel in medizinischen Berufen, Ingenieursberufen, IT-Berufen et cetera).

Stellen, die ein besonderes Vertrauensverhältnis zur jeweiligen Behördenleitung voraussetzen (insbesondere Stellen für persönliche Referentinnen und Referenten oder Pressesprecherinnen und Presssprecher) können im Wege eines Ausschreibungsverzichts besetzt werden, werden dann aber grundsätzlich auf die jeweilige Legislaturperiode befristet.

Liegen bei ausgeschriebenen Stellen mehrere Bewerbungen vor, so hat sich die Auswahlentscheidung vorrangig an den vorgelegten dienstlichen Beurteilungen zu orientieren. Dies gilt für Beamtinnen und Beamte sowie für Tarifbeschäftigte gleichermaßen. Diese Beurteilungen werden im Bereich der allgemeinen Verwaltung auf der Grundlage behördenübergreifend geltender Beurteilungsrichtlinien erstellt (insbesondere für die Vollzugsdienste, die Steuerverwaltung, den Schuldienst sowie den Richterdienst bestehen besondere Regelungen). Zur Ausschärfung können neben den Beurteilungen weitere eignungsdiagnostische Verfahren eingesetzt werden, insbesondere strukturierte Interviews, Präsentationsaufgaben, Assessment Center. Entsprechendes gilt, wenn dienstliche Beurteilungen fehlen (zum Beispiel bei Bewerberinnen und Bewerbern von außerhalb der Verwaltung). Soweit es sich um Einstellungsämter für Nachwuchskräfte handelt, liegen Beurteilungen oder Arbeitszeugnisse in der Regel nicht vor. Hier werden Abschlusszeugnisse und Diplome oder Vergleichbares zugrunde gelegt sowie zusätzlich weitere anerkannte eignungsdiagnostische Verfahren (insbesondere kognitive Leistungstests) eingesetzt.

Bei der Besetzung wichtiger Managementfunktionen ist das Personalamt zu beteiligen. Diese Beteiligung ist bei allen Stellen der Laufbahnfachrichtung „Allgemeine Dienste“ ab Besoldungsgruppe A 15 beziehungsweise Entgeltgruppe E 15 TV-L erforderlich, bei den Stellen der Geschäftsführungen der Landesbetriebe und deren Stellvertretungen sowie bei Stellen mit leitender Managementfunktion anderer, der Stellenanordnung unterliegender Laufbahnfachrichtungen, sofern sie der Besoldungsordnung B angehören beziehungsweise mit entsprechendem außertariflichen Entgelt vergütet werden.

Darüber hinaus findet der Einstieg in Funktionen der Laufbahngruppe 2 ab dem 2. Einstiegsamt (BesGr. A 13/E 13 TV-L) in die Verwaltung nicht allein über Stellenausschreibungen der Dienststellen statt, sondern vor allem über zentrale Traineeprogramme des Personalamts zum Beispiel für Juristinnen und Juristen, Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler oder IT-Fachkräfte, denen mehrstufige Auswahlprozesse mit unter anderem einem kognitiven Eignungstest und einem finalen Assessment Center vorangehen. Diesen Programmen entstammen viele spätere Führungskräfte des öffentlichen Dienstes.

Alle Stellenausschreibungen der Dienststellen werden zentral durch das Personalamt veröffentlicht und durchlaufen vor Veröffentlichung eine Qualitätssicherung. Im Beamtenbereich findet dabei vor jeder Ernennung in jeder Besoldungsgruppe eine formale und inhaltliche Überprüfung der Ernennungsvoraussetzungen durch das Personalamt statt. Jede Ernennung ab Besoldungsgruppe A 15 wird zudem dem Senat zur Beschlussfassung in Form einer Beamtenernennungsdrucksache vorgelegt. In Einzelfällen ist zudem bei Ernennungen im Beamtenbereich der unabhängig agierende Landespersonalausschuss zu beteiligen, der paritätisch von Verwaltungs- und Gewerkschaftsseite besetzt wird. So ist der Landespersonalausschuss einzuschalten, wenn Ausnahmen von den in § 20 des Hamburgischen Beamtengesetzes geregelten beamtenrechtlichen Beförderungsvoraussetzungen zugelassen werden sollen.

Schließlich besteht bei Einstellungen im Beamten- und im Tarifbereich auch die Mitbestimmung des örtlichen Personalrats, der in eigener Zuständigkeit die Auswahlentscheidung überprüft und regelmäßig an den durchzuführenden Auswahlverfahren teilnimmt.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

1. *Wie laufen sowohl im Einstellungsamt als auch im Beförderungsamt Bewerbungsverfahren in Hamburg ab? Wie stellt sich dies für Tarifbeschäftigte dar?*

Siehe Vorbemerkung.

2. *Gibt es neben den beamtenrechtlichen Gesetzen in der Hamburger Verwaltung weitere vom Personalamt, dem Senat oder den Fachbehörden erlassene Beförderungskriterien?*

   Falls ja, welche, seit wann, aus welchen Gründen und mit welchem Geltungsbereich?

Zentral sind insbesondere die Anordnung über Stellenausschreibungs- und Stellenbesetzungsverfahren für die hamburgische Verwaltung (Stellenanordnung) und die Beurteilungsrichtlinien von Bedeutung. Die 2012 erlassene und zuletzt am 22. Dezember 2020 geänderte Stellenanordnung regelt, welche Stellen auszuschreiben sind und in welchen Fällen und in welchem Verfahren Ausschreibungsverzichte möglich sind (hierzu vergleiche Vorbemerkung). Die Richtlinie über die Beurteilung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg (BeurtRL-FHH) vom 22. März 2013 regelt die Kriterien und das Verfahren für dienstliche Beurteilungen, an denen Auswahlentscheidungen maßgeblich zu orientieren sind (hierzu vergleiche Vorbemerkung). Besondere bereichsspezifische Beurteilungsrichtlinien bestehen für den Polizeivollzugsdienst (Beurteilungsrichtlinie für den Polizeivollzugsdienst/BeurtRL-Pol vom 11. September 2019 mit der Änderung vom Dezember 2019), den feuerwehrtechnischen Dienst (Beurteilungsrichtlinie Fachrichtung Feuerwehr, Stand 7. März 2018), den Steuerverwaltungsdienst (Beurteilungsrichtlinie – Steuer vom 1. September 2015), die Lehrkräfte an Hamburger Schulen (Richtlinie über die Beurteilung der Lehrkräfte und des Schulleitungspersonals an staatlichen Schulen/BeurtRL-Lehrkräfte vom 4. Dezember 2013) sowie Richterinnen und Richter, soweit diese nicht in die Verwaltung abgeordnet sind (Allgemeine Verfügung der Behörde für Justiz und Gleichstellung Hamburg zur Durchführung von § 3a HmbRiG vom 17.08.2012).

Neben den gesetzlichen Vorschriften hat der Senat insbesondere die folgenden Regelungen im Zusammenhang mit Beurteilung und Beförderungsauswahl in Form von Rechtsverordnungen erlassen:

- § 2 Absatz 1 Satz 1 der Verordnung über die Laufbahnen der hamburgischen Beamtinnen und Beamten vom 22. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 511), zuletzt geändert am 8. Dezember 2020 (HmbGVBl. S. 697), bekräftigt das Leistungsprinzip, betont die Orientierung an den dienstlichen Beurteilungen bei allen Auswahlverfahren und verbietet Diskriminierungen;
- § 5 Absatz 1 und 2 und § 4 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung über die Laufbahnen sowie die Ausbildung und Prüfung in der Fachrichtung Feuerwehr vom 8. November 2011 (HmbGVBl. S. 479), zuletzt geändert am 12. Dezember 2017 (HmbGVBl. S. 390, 392), bekräftigen das Leistungsprinzip, betonen die Orientierung von Per-

sonalentscheidungen an den dienstlichen Beurteilungen und regeln das Beförderungsauswahlverfahren;

- § 4, § 3 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung über die Laufbahn der Fachrichtung Polizei vom 9. November 2010 (HmbGVBl. S. 585), zuletzt geändert am 23. Juli 2019 (HmbGVBl. S. 224, 238), bekräftigen das Leistungsprinzip, betonen die Orientierung von Personalentscheidungen an den dienstlichen Beurteilungen und regeln das Beförderungsauswahlverfahren.

Diese Verordnungen werden im Hinblick auf die Anforderungen der Praxis und die Entwicklungen in der Rechtsprechung beobachtet und bei Bedarf angepasst.

Darüber hinaus existieren insbesondere die folgenden, von den zuständigen Behörden erlassene Regelungen zur Beförderungsauswahl:

- Richtlinie für die Beförderungsauswahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Polizei Hamburg (BefRLPol) vom 18. Dezember 2019,
- Beförderungsrichtlinie für Beamtinnen und Beamte der Fachrichtung Feuerwehr bei der Feuerwehr Hamburg (BefRL-Fw) vom 13. September 2019,
- Dienstvereinbarung der Steuerverwaltung über Regelungen zur Vergabe von Beförderungs- und Höhergruppierungsdienstposten, „Beförderungs- und Höhergruppierungsgrundsätze“ vom 1. September 2015.

Im Beförderungsverfahren für Richterinnen und Richter werden entsprechend gemäß § 3a HmbRiG für die jeweiligen Bewerberinnen und Bewerber aktuelle Anlassbeurteilungen eingeholt. Die Beurteilung erfolgt gemäß den Beurteilungsrichtlinien für den Richterdienst der Freien und Hansestadt Hamburg (Allgemeinverfügung der Behörde für Justiz und Gleichstellung Hamburg zur Durchführung von § 3a HmbRiG vom 17. August 2012), die in § 7 die wesentlichen Beurteilungs- und Beförderungskriterien enthält.

Die Entscheidung über die Beförderungsauswahl für den Richterdienst erfolgt anders als für Beamte gemäß Artikel 63 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg, §§ 14 fortfolgende des Hamburgischen Richtergesetzes auf Vorschlag eines Richterwahlausschusses, der nach verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung einen nur beschränkt überprüfbaren Beurteilungsspielraum hat. Der Senat ist für die Richterernennung an den Vorschlag des Richterwahlausschusses gebunden, sofern nicht rechtlich zwingende Gründe entgegenstehen.

Auch für die Laufbahn der Staatsanwälte und Amtsanwälte gibt es eine gesonderte Richtlinie über die Beurteilung der Staatsanwälte und Amtsanwälte der Staatsanwaltschaften der Justizbehörde vom 01.09.2007, die mit den Beurteilungskriterien gleichzeitig die Beförderungskriterien festlegt.

3. Gibt es Ausnahmen von der grundsätzlichen Praxis der Bewerbungsverfahren im Einstellungsamt sowie im Beförderungsamt?

Falls ja, welche auf jeweils welcher rechtlichen Grundlage? Wie stellt sich dies für Tarifbeschäftigte dar?

Siehe Vorbemerkung und Antwort zu 2.

4. Falls es Ausnahmekonstellationen gibt, wie gestaltet sich das Verfahren, an welche Stelle sind etwaige Anträge zu richten und wie häufig wurden gegebenenfalls in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode entsprechende Anträge gestellt? Bitte pro Jahr und Behörde/Dienststelle angeben.

Ausnahmen im Einzelfall gemäß Ziffer 5.2 der Stellenanordnung sind beim Personalamt zu beantragen (siehe Vorbemerkung). Zur Anzahl der eingegangenen Anträge siehe Anlage 1.

5. Falls es Ausnahmekonstellationen gibt, wie häufig kam es in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode zu jeweils welchen Ausnahmen? Bitte nach Behörden/Dienststellen differenziert angeben. Wie stellt sich dies für Tarifbeschäftigte dar?

Die bewilligten Ausnahmen entsprechen der Anzahl genehmigter Ausnahmeanträge, siehe hierzu Anlage 1. Die vorliegenden Daten umfassen sowohl Stellen für Beamtinnen und Beamte als auch für Tarifbeschäftigte.

6. Wie viele Beförderungsstellen wurden in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode jeweils in welchen Behörden/Dienststellen aus jeweils welchen Gründen nicht ausgeschrieben? Bitte pro Jahr angeben.

Die Information, welche Ausnahmeanträge eine Beförderung oder Höhergruppierung zur Folge haben, wird nicht statistisch erfasst und kann daher nicht für den zugrunde liegenden Zeitraum beantwortet werden. Für das Jahr 2020 wurden die 339 eingegangenen Ausnahmeanträge sowie antragsbegründenden Unterlagen einzeln gesichtet und ausgewertet. Von diesen 339 eingegangenen Anträgen auf Ausschreibungsverzicht (davon 314 genehmigt) hatten 26 Fälle eine Beförderung beziehungsweise Höhergruppierung zur Folge. Dies entspricht circa 7,7 Prozent der eingegangenen Anträge. Bezogen auf die Gesamtheit der Stellen, die in 2020 ausgeschrieben wurden (4.877), entsprechen diese 26 Einzelfälle einer Quote von 0,5 Prozent. Für die Vorjahre kann erfahrungsgemäß von gleicher Quote ausgegangen werden. In jedem dieser Einzelfälle war eine besondere fachliche Eignung der zu befördernden oder höherzugruppierenden Person nachvollziehbar dargelegt und begründet, sodass eine Stellenausschreibung höchstwahrscheinlich zu keinem anderen Ergebnis geführt hätte.

7. Bei wie vielen Beförderungen wurden in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode jeweils in welchen Behörden/Dienststellen aus jeweils welchen Gründen auf Erstellung beziehungsweise Vorlage von aktuellen Beurteilungen verzichtet? Bitte pro Jahr angeben.

Bei keiner Beförderung. Eine aktuelle, die Bewährung in höherwertigen Aufgaben bestätigende Beurteilung ist – neben den erforderlichen beamten- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen – zwingend erforderlich für den Erlass eines die Beförderung ermöglichenden Senatsbeschlusses im Verfügungswege oder eine entsprechende Beschlussfassung des Senats. Ob die Voraussetzung einer aktuellen Beurteilung erfüllt ist, wird in jedem zur Beförderung anstehenden Einzelfall zentral vom Personalamt geprüft.

8. Bei wie vielen Beförderungen wurde in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode jeweils in welchen Behörden/Dienststellen aus jeweils welchen Gründen auf die „Beförderungsreife“ verzichtet? Bitte pro Jahr angeben.

Ein Verzicht auf die „Beförderungsreife“ ist nicht möglich. Die Eignung für einen höher bewerteten Dienstposten wird regelmäßig durch die Ableistung einer Erprobungszeit von mindestens sechs Monaten in den Dienstgeschäften des höheren Amtes nachgewiesen. Die oberste Dienstbehörde kann Tätigkeiten auf gleichwertigen Dienstposten, nach Art und Schwierigkeit mindestens den Anforderungen des höheren Amtes entsprechende Tätigkeiten während einer Zuweisung oder weitere, nach Art und Bedeutung eine Prognose der Bewährung für das höhere Amt rechtfertigende Tätigkeitszeiten auf die Erprobungszeit anrechnen. Der Landespersonalausschuss kann auf Antrag der Behörden darüber hinaus laufbahnrechtliche Ausnahmeentscheidungen treffen und insoweit die Beförderungsreife beziehungsweise die Eignung für einen höher bewerteten Dienstposten anhand der individuell im Rahmen des beruflichen Werdegangs erworbenen Erfahrungen und Kompetenzen feststellen.

9. Wie viele Beförderungen von Mitarbeitern, die sich zu dem Zeitpunkt in Mutterschutz/Elternzeit befanden, wurden in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode jeweils in welchen Behörden/Dienststellen aus jeweils welchen Gründen vorgenommen? Bitte pro Jahr angeben.

Siehe Anlage 2. Beförderungen setzen die vorherige Feststellung der Eignung für einen höher bewerteten Dienstposten durch erfolgreiche Bewährung in einer Erprobungszeit voraus. Mutterschutzfristen hemmen die Erprobungszeit nicht, sodass Beförderungen während einer laufenden Mutterschutzfrist grundsätzlich möglich sind. Beförderungen in Elternzeit ohne Dienstbezüge sind ausnahmsweise möglich, wenn die Bewährung in der höherwertigen Aufgabe vor Eintritt in die Elternzeit festgestellt

wurde und eine Beförderung vor Beginn der Elternzeit aus verwaltungstechnischen Gründen nicht mehr erfolgen konnte.

10. Welche formalen Voraussetzungen (insbesondere Abschlüsse) sind für Einstellungen als Tarifbeschäftigte (Direkteinstieg/Quereinstieg) jeweils ab welcher EG des TV-L grundsätzlich erforderlich? Gibt es hiervon Ausnahmen?

Falls ja, auf welcher Rechtsgrundlage und wie häufig wurde aus welchen Gründen in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode davon Gebrauch gemacht?

Mit dem Anforderungsprofil und der Stellenbeschreibung werden die zu leistenden Tätigkeiten und damit die Einstellungsvoraussetzungen beschrieben. Diese Tätigkeiten werden unter die Tätigkeitsmerkmale der Entgeltordnung (Anlage A zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder), EGO-TV-L, subsumiert. Daneben gibt es außerdem den Tarifvertrag über die Eingruppierung und die Entgeltordnung für die Lehrkräfte der Länder (TV EntgO-L), der sich an der Lehrkräftebesoldung orientiert.

Die EGO-TV-L besteht aus vier Teilen. Teil I enthält die allgemeinen Merkmale für den Verwaltungsdienst und hat außerdem die Funktion des Auffangtatbestandes für Tätigkeitsbeschreibungen, die ansonsten nicht unter andere besondere Tätigkeitsmerkmale subsumiert werden können. Teil II enthält die Tätigkeitsmerkmale für bestimmte Beschäftigtengruppen, zum Beispiel Ingenieurinnen und Ingenieure, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Informatikerinnen und Informatiker. Teil III gilt für Beschäftigte mit körperlich/handwerklich geprägten Tätigkeiten. Teil IV gilt für Beschäftigte im Pflegebereich.

Gemäß § 12 Satz 1 und 2 TV-L sind Tarifbeschäftigte in die Entgeltgruppe eingruppiert, die die von diesen Beschäftigten ausgeübten Tätigkeitsmerkmale in der EGO-TV-L beschreibt. Hierbei gilt gemäß § 12 Satz 3 und 4 TV-L, dass diese Tätigkeiten von dem betroffenen Beschäftigten nicht nur vorübergehend und, soweit in der EGO-TV-L nicht anders bestimmt, in einem zeitlichen Umfang von mindestens der Hälfte der vereinbarten Arbeitszeit erbracht werden.

Hinsichtlich der Tätigkeitsmerkmale der Teile II, III und IV zählen regelmäßig Anforderungen an die beruflichen Qualifikationen zu den geforderten Merkmalen. Dies können Lehrabschlüsse, aber auch weiterführende Abschlüsse (zum Beispiel Meisterprüfungen) oder Studienabschlüsse in der jeweiligen Fachrichtung sein. Allerdings sind die meisten dieser die Eingruppierung bestimmenden und daher geforderten Qualifikationen auch durch Lebens- und Berufserfahrung (sogenannte Sonstige Beschäftigte) ersetzbar.

Sollte bei einer Bewertung nach Teil I oder II der EGO-TV-L weder die geforderte Qualifikation noch eine Ersetzungsmöglichkeit vorliegen, werden aber ansonsten die in der Entgeltgruppe genannten Tätigkeitsmerkmale erfüllt, so greift die Regelung gemäß Absatz 4 Satz 1 der Vorbemerkungen zu allen Teilen der Entgeltordnung. Diese besagt, dass die betreffenden Beschäftigten eine Entgeltgruppe niedriger eingruppiert werden als entsprechend tätige Beschäftigte mit der geforderten Qualifikation.

Teil I der EGO-TV-L enthält mit Ausnahme der E 9b Fallgruppe 3. (abgeschlossene Hochschulbildung und entsprechende Tätigkeit) und E 13 (abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung und entsprechende Tätigkeit) keine Qualifikationsanforderungen, sondern unbestimmte Rechtsbegriffe (zum Beispiel „umfassende“, „gründliche“, „vielseitige“ Fachkenntnisse, „selbständige Tätigkeit“ und ähnlich), die durch jahrzehntelange Rechtsprechung entsprechend ausgelegt werden. Maßgeblich sind dabei auch die sogenannten Eckeingruppierungen, wobei die E 1 bis E 4 für ungelernte Beschäftigte beziehungsweise Beschäftigte mit eine Ausbildung unter drei Jahren, die E 5 bis E 9a für Beschäftigte mit einer Ausbildung von drei Jahren, gegebenenfalls unter Berücksichtigung von sogenannten Hebungsmerkmalen, die E 9b bis E 12 für Beschäftigte mit abgeschlossener Hochschulbildung und die E 13 bis E 15 für Beschäftigte mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss, jeweils bei entsprechender Tätigkeit gelten sollen.

11. *Wer ist in der Senatskanzlei, in den Fachbehörden und den Bezirksämtern jeweils abschließend für Beförderungsentscheidungen zuständig? Wie stellt sich dies für Tarifbeschäftigte dar?*

12. *Welche Gremien, Amts- und Funktionsträger waren beziehungsweise sind bei Beförderungsentscheidungen auf welche Weise eingebunden? Wann und auf welche Weise ist das Personalamt eingebunden? Wie stellt sich dies für Tarifbeschäftigte dar?*

Die Landesbeamtinnen und Landesbeamten werden nach Maßgabe der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom Senat ernannt. Einer Ernennung bedarf es insbesondere zur Begründung eines Beamtenverhältnisses, zur Umwandlung eines bestehenden Beamtenverhältnisses und zur Verleihung eines anderen Amtes mit anderem Grundgehalt (Beförderung).

Ernennungen der Beamtinnen und Beamten ab der Besoldungsgruppe A 15 und W 2, der Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ab der Besoldungsgruppe R 2 werden dem Senat vom Personalamt als Assistenz für den Senat in Personalangelegenheiten nach dortiger Prüfung der von den Senatsämtern und Fachbehörden eingereichten entsprechenden Ernennungsvorschläge monatlich in einer Senatsdrucksache zur Beschlussfassung vorgelegt. Im Anschluss an die Senatsbefassung werden die Ernennungsurkunden für den Ersten Bürgermeister ausgefertigt und ihm zur Unterzeichnung vorgelegt. Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Ersten Bürgermeisters gelten die Vertretungsregelungen gemäß der Geschäftsordnung des Senats.

Gemäß Abschnitt I Ziffer 2 der Anordnung über Entscheidungen des Senats in Personalangelegenheiten vom 22. Dezember 2009 sind die Senatorinnen beziehungsweise Senatoren und die Staatsrätinnen beziehungsweise Staatsräte der Senatsämter und Fachbehörden jede beziehungsweise jeder für sich ermächtigt, über Ernennungen der Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppe A 1 bis A 14, C 1, C 2 und W 1, der Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe R 1 und der Ehrenbeamtinnen und -beamten im Wege eines Senatsbeschlusses im Verfügungswege zu entscheiden. Die jeweiligen Senatsbeschlüsse im Verfügungswege werden vom Personalamt zentral vorbereitet, sofern eine Beförderung nach Prüfung der jeweiligen – seitens der Senatsämter und Fachbehörden eingereichten – Ernennungsvorschläge befürwortet wird. Eine Information über die beteiligten Stellen hinaus erfolgt nicht.

Im Tarifbereich bedarf es aufgrund der Tarifautomatik keines vergleichbaren förmlichen Aktes für die Eingruppierung in die höhere Entgeltgruppe. Im Übrigen siehe Vorbemerkung.

13. *In wie vielen Fällen verweigerte der zuständige Personalrat in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode seine Zustimmung zu Einstellungen und Beförderungen? Bitte pro Jahr unter Angabe der Behörde/ Dienststelle angeben.*

Siehe Anlage 3.

14. *Wie ist die genaue „Zustimmungs-Hierarchie“ jeweils bei Einstellungs- und Beförderungsentscheidungen in der Senatskanzlei, den Fachbehörden und den Bezirksämtern? Wie stellt sich dies für Tarifbeschäftigte dar?*

Siehe Antwort zu 11. und 12.

15. *Wird die Besetzung von Beförderungsstellen in Senatssitzungen thematisiert?*

    Falls ja, in welchen Fällen beziehungsweise ab welcher Besoldungs- und Entgeltgruppe?

Siehe Vorbemerkung und Antwort zu 11. und 12.

16. Ab welcher Besoldungs- und Entgeltgruppe bekommt der Erste Bürgermeister Kenntnis von Beförderungen in der Senatskanzlei, den Fachbehörden und den Bezirksämtern?

Siehe Antwort zu 11. und 12.

17. Sofern die Präsides der Fachbehörden den Ersten Bürgermeister über Beförderungen in ihrem Zuständigkeitsbereich informieren: Unter welchen Voraussetzungen erfolgt eine solche Information?

Entfällt.

18. Sofern der Erste Bürgermeister auf Vorschlag des zuständigen Präses der Fachbehörde Kenntnis von Beförderungen bekommt, in wie vielen Fällen hat er in der 21. sowie in der laufenden Legislaturperiode Kenntnis erhalten? Bitte pro Jahr angeben.

Der Erste Bürgermeister beziehungsweise im Vertretungsfall die Zweite Bürgermeisterin oder das vertretende Mitglied des Senats haben im Zeitraum von März 2015 bis Februar 2021 in insgesamt 1.324 Beförderungsfällen Kenntnis erhalten:

Beförderungsfälle in Senatsdrucksachen						
2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
184	192	227	244	235	215	27

19. Erhalten die Präsides der Fachbehörden und/oder ihre Staatsräte von allen Einstellungen und Beförderungen in ihren Zuständigkeitsbereichen Kenntnis?

Falls nein, ab welchem Beförderungsamt wird die Behördenleitung zu welchem Zeitpunkt informiert?

Falls nein, wer hat die Letztentscheidungskompetenz bei Einstellungen und Beförderungen?

Siehe Antwort zu 11. und 12.

20. Wie viele Widersprüche gegen Auswahlentscheidungen wurden seit Beginn der 21. Legislaturperiode jährlich von Unterlegenen erhoben? Wie gingen die Verfahren jeweils aus? Welche Behörden/Dienststellen waren betroffen?

Siehe Anlage 4.

21. Wie viele Konkurrentenklagen (differenziert nach einstweiligem Rechtsschutz und Hauptsacheverfahren) wurden seit Beginn der 21. Legislaturperiode jährlich vor dem Verwaltungsgericht Hamburg erhoben und wie gingen die Verfahren jeweils aus? Welche Behörden/Dienststellen waren in diesen Verfahren betroffen?

Siehe Anlage 5 (Konkurrentenklagen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren) und Anlage 6 (Konkurrentenklagen im Hauptsacheverfahren).

22. Wie viele und welche Stellen in jeweils welchen Fachbehörden/ Dienststellen sind derzeit aufgrund von Konkurrentenklagen seit jeweils wann nicht besetzt?

Im Landesbetrieb ZAF/AMD ist eine Stelle „Lehrkraft in der Verwaltungsschule“ seit Februar 2021 unbesetzt.

In der Hochschule für Bildende Künste ist seit Oktober 2019 eine Stelle „W2-Professur“ unbesetzt.

In der Behörde für Inneres und Sport, Amt Polizei, sind seit dem 1. Januar 2021 im Vollzugsbereich acht Stellen nicht besetzt.

Frage 4: Anträge auf Verzicht einer Ausschreibung (Ausnahmen) im Einstellungs- und Beförderungsamt (Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte)
Frage 5: Anzahl der genehmigten Ausnahmen*

Epl.	Behörde, Amt	2015**		2016		2017		2018	
	(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	gesamt	genehmigt	gesamt	genehmigt	gesamt	genehmigt	gesamt	genehmigt
1.01	**Bürgerschaft**	0	0	0	0	0	0	0	0
1.03	**Rechnungshof**	0	0	0	0	0	0	0	0
1.04	**HmbBfdD**	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1	**Senatskanzlei**	13	13	3	3	10	10	17	16
	Landesbetrieb Rathausservice	0	0	2	2	0	0	0	0
	Personalamt	0	0	1	1	2	2	5	5
	Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste	0	0	1	0	0	0	0	0
	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung/ Arbeitsmedizinischer Dienst	0	0	1	1	3	3	1	1
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**	29	28	35	31	52	50	42	42
1.3	**Bezirksamt Altona**	14	14	26	24	30	29	29	27
1.4	**Bezirksamt Eimsbüttel**	4	4	2	2	4	3	1	1
1.5	**Bezirksamt Hamburg-Nord**	8	7	16	16	27	26	27	26
1.6	**Bezirksamt Wandsbek**	13	13	14	14	26	23	32	26
1.7	**Bezirksamt Bergedorf**	17	16	5	3	11	9	9	9
1.8	**Bezirksamt Harburg**	4	3	1	1	4	4	9	9
2.0	**Justizbehörde**	8	7	12	8	10	10	15	15
	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz								
	Gerichte und Staatsanwaltschaften	0	0	0	0	0	0	0	0
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung*** **	42	41	51	51	51	45	47	45
	Landesbetrieb Hamburger Volkshochschule	1	1			1	1	2	2
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung	6	5	6	6	6	6	4	4
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**	4	3	1	1	3	3	0	0
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke								
	Landesbetrieb Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Universität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Technische Universität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	HafenCity Universität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Hochschule für Angewandte Wissenschafen Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Hochschule für Bildende Künste Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Hochschule für Musik und Theater	0	0	0	0	0	0	0	0
3.3	**Kulturbehörde**	2	2	5	4	7	7	3	2
	Behörde für Kultur und Medien								
	Planetarium Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Landesbetrieb Philharmonisches Staatsorchester	0	0	0	0	0	0	0	0
4.0	**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration**	6	5	17	15	8	7	7	6
	Sozialbehörde								
	Landesbetrieb Erziehung und Beratung	0	0	2	2	0	0	1	1
5.0	**Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz**	7	6	11	11	9	8	26	24
	Landesbetrieb Institut für Hygiene und Umwelt	7	7	3	3	7	7	7	6
6.1	**Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**	2	2	4	4	9	9	6	6
	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	0	0	1	1	2	2	5	5
6.2	**Behörde für Umwelt und Energie**	5	5	5	5	4	4	9	9
	Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft								
	Landesbetrieb Institut für Hygiene und Umwelt								
7.0	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**	8	8	7	7	4	4	4	4
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	1	1	4	3	2	2	7	6
	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	0	0	1	1	0	0	0	0
	Behörde für Wirtschaft und Innovation								
7.1	**Behörde für Verkehr und Mobilitätswende**								
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer								
	Landesbetrieb Verkehr								
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	21	18	25	24	31	29	40	36
	Landesbetrieb Verkehr	2	2	3	3	7	7	2	2
9.1	**Finanzbehörde**	4	4	10	10	8	7	6	6
	Kasse.Hamburg	1	1	0	0	0	0	0	0
	Hamburgische Münze	0	0	0	0	0	0	0	0
	Landesbetrieb Gebäudereinigung Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen	3	3	0	0	0	0	0	0
	SBH Schulbau Hamburg	2	1	2	2	6	6	19	14
	gesamt	**234**	**220**	**277**	**259**	**344**	**323**	**382**	**355**

* Überdurchschnittlich hohe Fallzahlen sind regelmäßig durch einen vergleichsweise hohen Personalbestand und eine damit einhergehende höhere personelle Fluktuation bedingt.

** ab 02. März 2015

*** Bis Dezember 2019 musste für Beschäftigte im Schulbüro (ohne Leitungsfunktion) ein Ausschreibungsverzicht beantragt werden, wenn der beabsichtigte Arbeitszeitumfang über 50% lag. Diese Fälle sind in den Angaben der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) in den Jahren 2015 bis 2019 enthalten. Dies erklärt die hohen Fallzahlen der BSB in den Jahren 2015 bis 2019 und den Rückgang der Fallzahlen ab dem Jahr 2020.

Epl.	Behörde, Amt	2019		1.HJ 2020		2.HJ 2020		2021****	
	(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	gesamt	genehmigt	gesamt	genehmigt	gesamt	genehmigt	gesamt	genehmigt
1.01	**Bürgerschaft**	0	0	0	0	0	0	0	0
1.03	**Rechnungshof**	0	0	0	0	0	0	0	0
1.04	**HmbBfdD**	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1	**Senatskanzlei**	18	18	10	10	10	9	2	2
	Landesbetrieb Rathausservice	0	0	0	0	0	0	0	0
	Personalamt	1	1	2	2	2	2	0	0
	Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste	2	1	0	0	1	1	0	0
	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung/ Arbeitsmedizinischer Dienst	1	1	1	1	0	0	0	0
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**	65	58	21	21	9	9	6	5
1.3	**Bezirksamt Altona**	22	22	3	2	4	4	3	3
1.4	**Bezirksamt Eimsbüttel**	1	1	0	0	0	0	0	0
1.5	**Bezirksamt Hamburg-Nord**	39	38	20	19	7	7	2	2
1.6	**Bezirksamt Wandsbek**	33	32	5	5	11	10	9	9
1.7	**Bezirksamt Bergedorf**	7	7	0	0	2	2	0	0
1.8	**Bezirksamt Harburg**	12	12	0	0	0	0	0	0
2.0	**Justizbehörde**	19	17	2	2				
	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz					3	3	0	0
	Gerichte und Staatsanwaltschaften	0	0	0	0	1	1	0	0
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung*** **	58	56	12	11	13	13	4	3
	Landesbetrieb Hamburger Volkshochschule	9	8	2	2	1	1	0	0
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung	5	4	0	0	3	3	0	0
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**	0	0	2	2				
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke					4	4	0	0
	Landesbetrieb Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Universität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Technische Universität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	HafenCity Universität Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Hochschule für Angewandte Wissenschafen Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Hochschule für Bildende Künste Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Hochschule für Musik und Theater	0	0	0	0	0	0	0	0
3.3	**Kulturbehörde**	4	4	3	3				
	Behörde für Kultur und Medien					2	1	0	0
	Planetarium Hamburg	0	0	1	1	0	0	0	0
	Landesbetrieb Philharmonisches Staatsorchester	0	0	0	0	0	0	0	0
4.0	**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration**	16	15	18	17				
	Sozialbehörde					39	34	1	1
	Landesbetrieb Erziehung und Beratung	0	0	0	0	0	0	0	0
5.0	**Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz**	24	24	6	6				
	Landesbetrieb Institut für Hygiene und Umwelt	7	7	3	3				
6.1	**Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**	12	11	3	3	2	2	0	0
	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung	7	7	2	2	2	2	0	0
6.2	**Behörde für Umwelt und Energie**	13	13	2	2				
	Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft					9	9	2	2
	Landesbetrieb Institut für Hygiene und Umwelt					10	10	2	2
7.0	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**	3	2	7	5				
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer	2	2	1	1				
	Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen	0	0	0	0	0	0	0	0
	Behörde für Wirtschaft und Innovation					5	4	0	0
7.1	**Behörde für Verkehr und Mobilitätswende**					4	3	0	0
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer					1	1	0	0
	Landesbetrieb Verkehr					0	0	0	0
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	36	35	14	10	22	19	3	3
	Landesbetrieb Verkehr	0	0	0	0				
9.1	**Finanzbehörde**	6	5	4	4	0	0	0	0
	Kasse.Hamburg	2	2	0	0	0	0	0	0
	Hamburgische Münze	0	0	0	0	0	0	0	0
	Landesbetrieb Gebäudereinigung Hamburg	0	0	0	0	0	0	0	0
	Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen	1	0	0	0	1	1	0	0
	SBH Schulbau Hamburg	21	20	15	13	12	12	2	2
	gesamt	**446**	**423**	**159**	**147**	**180**	**167**	**36**	**34**

*** Bis Dezember 2019 musste für Beschäftigte im Schulbüro (ohne Leitungsfunktion) ein Ausschreibungsverzicht beantragt werden, wenn der beabsichtigte Arbeitszeitumfang über 50% lag. Diese Fälle sind in den Angaben der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) in den Jahren 2015 bis 2019 enthalten. Dies erklärt die hohen Fallzahlen der BSB in den Jahren 2015 bis 2019 und den Rückgang der Fallzahlen ab dem Jahr 2020.

**** bis 10. Februar 2021

Frage 9 / Beförderungen während Mutterschutz oder Elternzeit

Epl.	Behörde, Amt *(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)*	2015		2016		2017		2018	
		Mutterschutz	Elternzeit	Mutterschutz	Elternzeit	Mutterschutz	Elternzeit	Mutterschutz	Elternzeit
1.01	**Bürgerschaft**						1		
1.1	**Personalamt**								
	Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste						1		
	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung/ Arbeitsmedizinischer Dienst					1			
1.3	**Bezirksamt Altona**		1						
1.4	**Bezirksamt Eimsbüttel**								
1.6	**Bezirksamt Wandsbek**							1	
1.8	**Bezirksamt Harburg**								
2.0	**Justizbehörde**			1					
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung**	3	1	5	4	2	1	4	1
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung		2						
4.0	**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration**							1	
5.0	**Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz**			1					1
6.1	**Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**					1			1
	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung			1					
7.0	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**						1		
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer								
7.1	**Behörde für Verkehr und Mobilitätswende**								
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer								
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**		3	2	12	6	16	6	14
9.1	**Finanzbehörde**	1			2	3		2	1
	gesamt	**4**	**7**	**10**	**18**	**13**	**20**	**14**	**18**

Epl.	Behörde, Amt *(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)*	2019		1.HJ 2020		2.HJ 2020		2021	
		Mutterschutz	Elternzeit	Mutterschutz	Elternzeit	Mutterschutz	Elternzeit	Mutterschutz	Elternzeit
1.01	**Bürgerschaft**								
1.1	**Personalamt**								
	Landesbetrieb Zentrum für Personaldienste		1	1					
	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung/ Arbeitsmedizinischer Dienst								
1.3	**Bezirksamt Altona**					1			
1.4	**Bezirksamt Eimsbüttel**						1		
1.6	**Bezirksamt Wandsbek**	1							
1.8	**Bezirksamt Harburg**		1			1			
2.0	**Justizbehörde**		2						
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung**	6	1	1		1			
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung								
4.0	**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration**								
5.0	**Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz**								
6.1	**Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**				1				
	Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung								
7.0	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**		1		1				
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer		1						
7.1	**Behörde für Verkehr und Mobilitätswende**								
	Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer						1		
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	6	11	4	12		1	5	16
9.1	**Finanzbehörde**	4					2		
	gesamt	**17**	**18**	**6**	**14**	**3**	**5**	**5**	**16**

Frage 13 / Ablehnungen von Einstellungen und Beförderungen durch den zuständigen Personalrat

Epl.	Behörde, Amt	2015		2016		2017		2018	
	(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	Einstellungen	Beförderungen	Einstellungen	Beförderungen	Einstellungen	Beförderungen	Einstellungen	Beförderungen
1.5	**Bezirksamt Hamburg-Nord**							1	
2.0	**Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**								
	Gerichte und Staatsanwaltschaften	1		3		1			
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**								
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke								
	Technische Universität Hamburg	1		1		1		3	
4.0	**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration**								
	Sozialbehörde								
	Landesbetrieb Erziehung und Beratung								
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**								
	gesamt	**2**	**0**	**4**	**0**	**2**	**0**	**4**	**0**

Epl.	Behörde, Amt	2019		1.HJ 2020		2.HJ 2020		2021	
	(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	Einstellungen	Beförderungen	Einstellungen	Beförderungen	Einstellungen	Beförderungen	Einstellungen	Beförderungen
1.5	**Bezirksamt Hamburg-Nord**								
2.0	**Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**							1	
	Gerichte und Staatsanwaltschaften								
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**								
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke								
	Technische Universität Hamburg	2		1		2			
4.0	**Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration**								
	Sozialbehörde								
	Landesbetrieb Erziehung und Beratung			1					
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	1							
	gesamt	**3**	**0**	**2**	**0**	**2**	**0**	**1**	**0**

Frage 20 / Ausgang der Widerspruchsverfahren gegen Auswahlentscheidungen (Abhilfe / Erledigung / Zurückweisung / Rücknahme)

Epl.	Behörde, Amt	2015				2016				2017				2018			
	(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.	Abhlife	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.
1.1	**Senatskanzlei**																
	Personalamt																
	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung/ Arbeitsmedizinischer Dienst																
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**																
1.3	**Bezirksamt Altona**																1
1.8	**Bezirksamt Harburg**																
2.0	**Justizbehörde**							1			2						
	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz																
	Gerichte und Staatsanwaltschaften	1											1	1			1
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung**																
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung																
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**																
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke																
	Hochschule für Angewandte Wissenschafen Hamburg												1				
	Hochschule für Bildende Künste Hamburg																
	Hochschule für Musik und Theater							1									
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	1	5		5	3	14		2	9	7		7	11	4	2	10
9.1	**Finanzbehörde**																
	gesamt	**2**	**5**	**0**	**5**	**3**	**14**	**2**	**2**	**9**	**9**	**0**	**9**	**12**	**4**	**2**	**12**

Epl.	Behörde, Amt	2019				1.HJ 2020				2.HJ 2020				2021			
	(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.	Abhilfe	Erledigg.	Zurückw.	Rückn.
1.1	**Senatskanzlei**			1												1	
	Personalamt																
	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung/ Arbeitsmedizinischer Dienst															1	
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**		1														
1.3	**Bezirksamt Altona**																
1.8	**Bezirksamt Harburg**			1													
2.0	**Justizbehörde**		1		1												
	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz										1						
	Gerichte und Staatsanwaltschaften				3	1			1				1				
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung**																
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung			1													
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**																
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke																
	Hochschule für Angewandte Wissenschafen Hamburg				1												
	Hochschule für Bildende Künste Hamburg											1					
	Hochschule für Musik und Theater	1						1									
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	6	8		11	1			5	1		2				1	
9.1	**Finanzbehörde**		1														
	gesamt	**7**	**11**	**3**	**16**	**2**	**0**	**1**	**6**	**1**	**1**	**3**	**1**	**0**	**0**	**3**	**0**

Frage 21 / Tabelle 21a / Die im Auswahlverfahren getroffene Entscheidung wurde im einstweiligen Rechtsschutzverfahren vor dem Verwaltungsgericht Hamburg bestätigt / nicht bestätigt:

Epl.	Behörde, Amt (jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	2015		2016		2017		2018	
		bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.
1.1	**Senatskanzlei**								
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**								
1.8	**Bezirksamt Harburg**								
2.0	**Justizbehörde**			1	3				2
	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz								
	Gerichte und Staatsanwaltschaften	1			1		1		
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung**			1			1	1	
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung								
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**								
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke								
	Hochschule für Angewandte Wissenschafen Hamburg			1					
	Hochschule für Bildende Künste Hamburg								
	Hochschule für Musik und Theater			1					
7.0	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**								
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**			2	1	3	5	5	1
	gesamt	**1**	**0**	**6**	**5**	**3**	**7**	**6**	**3**

Epl.	Behörde, Amt (jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)	2019		1.HJ 2020		2.HJ 2020		2021	
		bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.
1.1	**Senatskanzlei**	1							
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**				1				
1.8	**Bezirksamt Harburg**	1							
2.0	**Justizbehörde**								
	Behörde für Justiz und Verbraucherschutz								
	Gerichte und Staatsanwaltschaften							1	
3.1	**Behörde für Schule und Berufsbildung**	1		1					
	Landesbetrieb Hamburger Institut für berufliche Bildung		1						
3.2	**Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**								
	Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke								
	Hochschule für Angewandte Wissenschafen Hamburg			1					
	Hochschule für Bildende Künste Hamburg	1							
	Hochschule für Musik und Theater		1	1					
7.0	**Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation**	1		1					
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**	6		4		2	1		
	gesamt	**11**	**2**	**8**	**1**	**2**	**1**	**1**	**0**

Frage 21 / Tabelle 21b / Die im Auswahlverfahren getroffene Entscheidung wurde im Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht Hamburg bestätigt / nicht bestätigt:

Epl.	Behörde, Amt *(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)*	2015		2016		2017		2018	
		bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**								
1.8	**Bezirksamt Harburg**								
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**			1		1			
	gesamt	**0**	**0**	**1**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**

Epl.	Behörde, Amt *(jeweils inkl. Landesbetriebe,Hochschulen)*	2019		1.HJ 2020		2.HJ 2020		2021	
		bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.	bestätigt	nicht best.
1.2	**Bezirksamt Hamburg-Mitte**				1				
1.8	**Bezirksamt Harburg**	1							
8.1	**Behörde für Inneres und Sport**								
	gesamt	**1**	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**